



Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)

Bitte alle Fragen beantworten. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Ist der Platz nicht ausreichend, bitte weitere Ausführungen auf einem Beiblatt notieren.

Minderjährige ab 16 Jahren müssen einen eigenen Antrag stellen.

Antrag auf Einbürgerung

Vermerk der Behörde: Antragseingang am: _____

Nach § 8 / § 9 / § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

Ich beantrage die Einbürgerung und mache dazu folgende Angaben:

1. Angaben zur Person

Familiename (eventuell Geburtsname)	
Vorname/n	Geburtsdatum
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift, (bitte Straße und Hausnummer ergänzen) 67227 Frankenthal (Pfalz),	
Telefon	E-Mail

Familienstand

<input type="checkbox"/> ledig	verheiratet/verpartnert seit <input type="checkbox"/>	verwitwet seit <input type="checkbox"/>	geschieden seit <input type="checkbox"/>
Ort der Eheschließung		frühere Ehe/ weitere Ehe	

1.1. Staatsangehörigkeit/en

Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		
1.	2.	3.
nachgewiesen <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	durch (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	Verlustgrund	Verlust nachgewiesen durch

1.1.2 Aufenthaltsorte im Inland (keine Besuchsaufenthalte)

Vom	bis zum	in (Ort)

1.1.3 Aktueller Aufenthaltstitel / Status

<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis gemäß § _____ AufenthG
<input type="checkbox"/> EU-Bürger	<input type="checkbox"/> Aufenthaltskarte für Angehörige von EU-Bürgern/ Schweizer/in
<input type="checkbox"/> anderes Aufenthaltsrecht	<input type="checkbox"/> Besonderer Status z. B. Asylberechtigte/r, anerkannter Flüchtling

1.2 Tabellarischer Lebenslauf

1.2.1 Schule

1.2.2 Berufsausbildung

1.2.3 Arbeitsverhältnisse / Selbstständig

2. Angaben zu den Eltern (bitte immer ausfüllen)

Leibliche Eltern <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Adoptiveltern <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Adoption wirksam seit
---	---	--	---	-----------------------

Vater**Mutter**

Familiennamen (eventuell Geburtsnamen)		Familiennamen (eventuell Geburtsnamen)	
Vornamen		Vornamen	
Geburtsdatum		Geburtsdatum	
Geburtsort, Kreis, Staat		Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit (derzeit)		Staatsangehörigkeit (derzeit)	
Staatsangehörigkeit (früher)		Staatsangehörigkeit (früher)	
(letzter) Wohnort, Kreis, Staat		(letzter) Wohnort, Kreis, Staat	
Datum der Eheschließung		in (Ort, Kreis, Staat)	
Verstorben <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	am (Datum)	Verstorben <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	am (Datum)

Nur bei minderjährigen Antragstellern (unter 16 Jahre) auszufüllen:

Die Ehe der Eltern besteht noch <input type="checkbox"/> ja	Zustimmung des Elternteils bzw. Vertretungsbefugnis liegt vor
<input type="checkbox"/> nein	Sorgerechtsnachweis beifügen, zum Beispiel Auszug aus dem Scheidungsurteil, Sterbeurkunde des anderen Elternteils

3. Angaben zum Ehegatten

Familiennamen (eventuell Geburtsnamen)	
Vornamen	Geburtstag
Geburtsort, Kreis, Staat	
Anschrift (falls abweichend zum Antragsteller/in)	
Staatsangehörigkeit(en) <input type="checkbox"/> deutsch / <input type="checkbox"/>	
Bei deutscher Staatsangehörigkeit bitte Nachweis (Reisepass, Personalausweis, Einbürgerungsurkunde,...) beifügen!	
derzeitiger Aufenthaltsrechtlicher Status	
Nur bei ausländischer Staatsangehörigkeit	
Der Ehegatte	
<input type="checkbox"/> hat ebenfalls einen Antrag auf Einbürgerung gestellt	
<input type="checkbox"/> hat eine Ablehnung der Einbürgerung erhalten durch (Behörde) _____ am _____	
<input type="checkbox"/> beantragt keine Einbürgerung	

4. Angaben zu Kindern

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder; Kinder aus früheren Ehen; nicht in der Ehe geborene Kinder

1. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)		Vorname/n	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch / <input type="checkbox"/>			
Das Kind soll <input type="checkbox"/> mit eingebürgert werden. <input type="checkbox"/> nicht mit eingebürgert werden.			

2. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)		Vorname/n	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch / <input type="checkbox"/>			
Das Kind soll <input type="checkbox"/> mit eingebürgert werden. <input type="checkbox"/> nicht mit eingebürgert werden.			

3. Kind

Familienname (eventuell Geburtsname)		Vorname/n	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit <input type="checkbox"/> deutsch / <input type="checkbox"/>			
Das Kind soll <input type="checkbox"/> mit eingebürgert werden. <input type="checkbox"/> nicht mit eingebürgert werden.			

5 Angaben über deutsche Sprachkenntnisse / politische Kenntnisse

5.1. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

(z. B. durch Sprachzertifikat B 1, Schulabschluss oder abgeschlossene Ausbildung in Deutschland)

<input type="checkbox"/> ja, belegt durch
<input type="checkbox"/> nein, Gründe:

5.2. Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland

(z. B. durch Einbürgerungstest, Test „Leben in Deutschland“, Schulabschluss in Deutschland.)

<input type="checkbox"/> ja, belegt durch
<input type="checkbox"/> nein, Gründe:

6. Angaben über Straftaten

Liegen Straftaten vor

 ja nein

Datum	Tatbestand und Aktenzeichen des Verfahrens	Strafmaß

Anhängige Ermittlungsverfahren

Straftat vom	Aktenzeichen des Verfahrens

Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtende Beweggrund festgestellt?

ja
nein

7. Tätigkeiten und Einkommen – Antragsteller / in

<input type="checkbox"/> Schüler*in	<input type="checkbox"/> Student*in	<input type="checkbox"/> Auszubildende*r	bis voraussichtlich:
<input type="checkbox"/> Selbstständig (Gewerbe bitte angeben)	seit:	monatliches Netto:	
<input type="checkbox"/> Arbeitsverhältnis	<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit	<input type="checkbox"/> Minijob
das Arbeitsverhältnis besteht seit:		<input type="checkbox"/> befristet	<input type="checkbox"/> unbefristet
<input type="checkbox"/> Nebentätigkeit	<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit	<input type="checkbox"/> Minijob
das Arbeitsverhältnis besteht seit:		monatliches Netto:	
<input type="checkbox"/> Rente/n	seit:	monatliches Netto:	
<input type="checkbox"/> Unterhalt	seit:	monatliches Netto:	
Bezug von Wohngeld	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Bezug von Kindergeldzuschlag	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Krankengeld	seit:	monatliches Netto:	
<input type="checkbox"/> Leistungsbezug (SGB I, SGB II, SGB XII)	<input type="checkbox"/> ja (Bescheid ist vorzulegen)	<input type="checkbox"/> nein	

7.1. Tätigkeiten und Einkommen – Ehepartners

<input type="checkbox"/> Schüler*in <input type="checkbox"/> Student*in <input type="checkbox"/> Auszubildende*r bis voraussichtlich:	
<input type="checkbox"/> Selbstständig (Gewerbe bitte angeben)	seit: monatliches Netto:
<input type="checkbox"/> Arbeitsverhältnis <input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit <input type="checkbox"/> Minijob monatliches Netto:	
das Arbeitsverhältnis besteht seit: <input type="checkbox"/> befristet <input type="checkbox"/> unbefristet	
<input type="checkbox"/> Nebentätigkeit <input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit <input type="checkbox"/> Minijob monatliches Netto	
das Arbeitsverhältnis besteht seit:	
Bezug von Wohngeld <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Bezug von Kindergeldzuschlag <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Rente/n seit:	monatliches Netto:
<input type="checkbox"/> Unterhalt seit:	monatliches Netto:
<input type="checkbox"/> Krankengeld seit:	monatliches Netto:
<input type="checkbox"/> Leistungsbezug (SGB I, SGB II, SGB XII) <input type="checkbox"/> ja (Bescheid ist vorzulegen) <input type="checkbox"/> nein	

7.1.1. Private Versicherungen

(Angaben sind bei Selbstständigkeit zu machen)

	Antragsteller*in	Ehepartner*in	Kinder
Krankenversicherung			
Pflegeversicherung			
Berufsunfähigkeitsversicherung			
Private Altersvorsorge			

8. Bereits beantragte Verfahren

Folgende Verfahren habe ich bereits beantragt:

<input type="checkbox"/> Ausstellung eines deutschen Staatsangehörigkeitsausweises über den Antrag wurde bereits entschieden	Bei folgender Behörde: <input type="checkbox"/> negativ: <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> nicht entschieden Datum der Entscheidung Aktenzeichen der Behörde
<input type="checkbox"/> Einbürgerung über den Antrag wurde entscheiden	Bei folgender Behörde: <input type="checkbox"/> negativ: <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> nicht entschieden Datum der Entscheidung Aktenzeichen der Behörde

Vorabinformation zur (eventuellen) Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit

Das aktuell gültige deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz sieht nicht vor, dass die bisherige Staatsangehörigkeit vor dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung aufgegeben oder der Verlust herbeigeführt wird.

Es ist den deutschen Behörden jedoch nicht immer bekannt, ob Sie nach dem Staatsangehörigkeitsrecht Ihres Heimatstaates Ihre bisherige Staatsangehörigkeit durch Antragswerb der deutschen Staatsangehörigkeit evtl. automatisch verlieren.

Wenn Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit auf jeden Fall beibehalten möchten, setzen Sie sich bitte **vor** der Antragstellung auf Einbürgerung in die deutsche Staatsangehörigkeit mit der für Sie zuständigen Auslandsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung.

Dort können Sie in Erfahrung bringen, ob Sie Ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verlieren bzw. ob es möglich ist, Schritte einzuleiten, um Ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten zu können (z. B. Beibehaltungsgenehmigung).

Darüber hinaus – unabhängig von der eventuellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit oder einem automatischen Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit – besteht für Staatsangehörige von verschiedenen Ländern eine Mitteilungs- oder Registrierungspflicht Ihrem Heimatstaat gegenüber, wenn eine andere Staatsangehörigkeit auf Antrag hin erworben wird. Eine Verletzung dieser Pflichten kann negative Folgen nach sich ziehen. Bitte setzen Sie sich allein schon aus diesem Grund mit Ihrem Heimatstaat in Verbindung und klären Sie Ihre staatsbürgerlichen Pflichten.

Die Informationen habe ich gelesen, inhaltlich verstanden und erkläre mich damit einverstanden. Mir wurde Gelegenheit gegeben, offene Fragen bei der Antragsabgabe zu klären.

Frankenthal (Pfalz), den _____

(Unterschrift)

Aktuelles Lichtbild:
Unterschrift der Antragsteller*in _____
Frankenthal (Pfalz), den _____

**Ich/ Wir beantragen die Einbürgerung der im Antrag aufgeführten Kinder (Miteinbürgerung angekreuzt!)
Eigenes Lichtbild des Kindes/ der Kinder erforderlich.**

Hinweis: Minderjährige ab dem 16. Lebensjahr müssen einen eigenen Antrag stellen!

Unterschrift aller gesetzlichen Vertreter (grundsätzlich beide Elternteile) _____
Frankenthal (Pfalz), den

**Die vorstehende/n Unterschrift/en wurden vor mir (Sachbearbeiter*in) vollzogen. Dies wurde hiermit
amtlich beglaubigt.**

**Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)
-Staatsangehörigkeitsbehörde-**

Frankenthal (Pfalz), den _____

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

Loyalitätserklärung zum Einbürgerungsantrag

- „1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
 - a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
 - g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
 - h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

2. Ich bekenne mich außerdem
 - a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
 - b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

3. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
 - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden

Die beiliegende Liste extremistischer Organisationen für Loyalitätserklärungen i.S. von § 10 Abs.1 Satz 1 Nr. 1 StAG habe ich durchgelesen und verstanden. Ich erkläre ausdrücklich, dass ich keiner der in der Liste genannten Organisationen angehöre oder angehört habe.

Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in obigem Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin.

Ich habe in der Vergangenheit keine derartigen Handlungen vorgenommen, die als der Einbürgerung entgegenstehende Bestrebungen im Sinne dieser Erklärung anzusehen sind.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Ziffer 3 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.“

Frankenthal (Pfalz), den

(Unterschrift)

§ 42 StAG

Mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um sich für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Hiermit bestätige ich, dass ich über den Inhalt des § 42 StAG unterrichtet wurde. Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich bin zudem darauf hingewiesen worden, dass eine Einbürgerung zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für sie gewesen sind, erwirkt worden ist (§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz).

Frankenthal (Pfalz), den

(Unterschrift)

Allgemeine Erklärung zum Einbürgerungsantrag/
Einwilligung zur Einholung von Sozialdaten von Sozialleistungsträgern
Nach § 67 b Sozialgesetzbuch X

Personenangaben:

Name, Vorname (Antragsteller*in): _____

Geburtsdatum: (Antragsteller*in): _____

Name, Vorname (Ehepartner*in): _____

Geburtsdatum: (Ehepartner*in): _____

1. Über die allgemeinen Voraussetzungen der Einbürgerung wurde ich unterrichtet.
2. Ich wurde darüber informiert, dass die Einbürgerungsbehörde für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Auskünfte von Ausländerbehörden, dem Bundeszentralregister, Polizei- und Justizbehörden, Verfassungsschutzbehörde und Meldebehörden einholt. Zur Einholung dieser Informationen ist die Einbürgerungsbehörde gesetzlich ermächtigt und auch verpflichtet.
3. Sofern zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages Auskünfte der Arbeitsverwaltung, der Finanzverwaltung oder der Sozialbehörden zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen benötigt werden, sind wegen der besonderen gesetzlichen Regelungen vielfach gesonderte Einverständniserklärungen zur Auskunftserteilung erforderlich. Dies gilt auch in den Fällen, in denen im Zusammenhang mit der Feststellung der Staatsangehörigkeit oder der erforderlichen Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit meiner Auslandsvertretung aufgenommen werden muss.
4. Die im Antrag gemachten Angaben werden für die Entscheidung über meinen Antrag benötigt. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrages nicht möglich. Die personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatischen Datei bei der Einbürgerungsbehörde gespeichert. Diese Datei dient ausschließlich verwaltungsmäßig zur automatisierten Bearbeitung des Einbürgerungsantrages.

Ich erkläre mich hiermit mit allen erforderlichen Auskunftersuchen einverstanden!

Die Informationen habe ich gelesen, inhaltlich verstanden und erkläre mich damit einverstanden. Mir wird Gelegenheit gegeben, offene Fragen bei der Antragsabgabe zu klären.

Frankenthal (Pfalz), den

(Unterschrift Antragsteller*in)

(Unterschrift Ehepartner*in)

5. Mir ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) Gebühren zu erheben sind. Diese fallen nach den einschlägigen bundesgesetzlichen Vorschriften auch im Falle der Rücknahme des Antrages (50% der Gebühr) oder dessen Ablehnung (75% der Gebühr) an. Die Gebühren belaufen sich derzeit auf
- **255,00 Euro** für Einzeleinbürgerungen nach den §§ 8, 9, 10 StAG und
 - **51,00 Euro** für die Miteinbürgerung minderjähriger Kinder (bei Antragstellung unter 16 Jahren)
6. Ich wurde über meine Pflichten belehrt gegenüber der Einbürgerungsbehörde gegen mich ergangene strafrechtliche Verurteilungen zu offenbaren, auch wenn sie nicht in ein Führungszeugnis aufzunehmen oder zu tilgen sind (§ 53 Abs. 1 und 2 Bundeszentralregistergesetz).
7. **Ich verpflichte mich, der Einbürgerungsbehörde unverzüglich alle für das Verfahren bedeutsamen Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse insbesondere jede**
- Adressänderung,
 - Veränderungen des Familienstands, (z.B. Trennung vom Ehegatten, Eheschließung, Scheidung, Geburt eines Kindes),
 - Wechsel des Arbeitsgebers, Verlust des Arbeitsplatzes,
 - Bezug von Sozialhilfe oder Grundsicherung,
 - strafrechtliche Verurteilung, Einleitung eines Strafverfahrens,
 - Veränderung einer aufenthaltsrechtlichen Erlaubnis

mitzuteilen.

Mir ist bekannt, dass ich nach § 26 VwVfG (Mitwirkungspflicht) i.V.m. § 80 Abs. 3 und § 82 AufenthG zur Mitwirkung verpflichtet bin und es mir obliegt, meine Belange und für mich günstige Umstände nachprüfbar und unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise unverzüglich beizubringen. Für Unterlagen, welche nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind immer Übersetzungen von einem bzw. einer in Deutschland staatlich anerkannten Übersetzer*in beizufügen.

Alle Unterlagen sind im Original vorzulegen.

Frankenthal (Pfalz), den

(Unterschrift)

Die vorstehende Unterschrift wurde vor mir vollzogen. Dies wird hiermit amtlich beglaubigt.

Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)
- Staatsangehörigkeitsbehörde -

Frankenthal (Pfalz), den _____

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)